

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 74 (2003)

Heft: 6

Artikel: Presseschau : Stimmen zur Ablehnung der Initiative "Gleiche Rechte für Behinderte" : "Trotz der Niederlage bringt uns der Kampf weiter auf dem Weg zur Emanzipation"

Autor: Rizzi, Elisabeth

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804748>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Presseschau: Stimmen zur Ablehnung der Initiative «Gleiche Rechte für Behinderte»

«Trotz der Niederlage bringt uns der Kampf weiter auf dem Weg zur Emanzipation»

Mit einem deutlichen Mehr von 62,3 Prozent haben die Schweizer Stimmberchtigten am 18. Mai die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte» abgelehnt. Die Initianten sind enttäuscht. Nun richten sich alle Hoffnungen auf das Behindertengesetz.

Die Behinderten kriegen keinen vollumfänglichen freien Zugang zum Gesellschaftsleben. Zumindest ist ihnen die Gleichstellungsinitiative – sozusagen die Autobahn – verwehrt. Was den Initianten und den Behinderten vorerst bleibt, ist der Feldweg Behindertengesetz. Und was ihnen ebenfalls bleibt ist ein Achtungserfolg. Entsprechend enttäuscht schrieben die Initianten nach ihrer Niederlage; ein bisschen Gleichstellung, wie es das Behindertengleichstellungsgesetz per 1. Januar 2004 bringe, gebe es nicht. «Die Initianten sind enttäuscht, dass die Stimmberchtigten den überrissenen Darstellungen der Gegner bezüglich Kostenfolgen der Initiative mehr Gehör geschenkt haben als dem Appell der Behinderten, es bezüglich ihrer Integration nicht bei Lippenbekenntnissen bewenden zu lassen. Es wurde um Kosten gefeilscht, statt über Menschenrechte und Menschenwürde zu diskutieren», bemängelte der Schweizer Invalidenverband Procap.

Berechenbarere Gangart

Die Presse sah es einen Tag nach dem Abstimmungssonntag weniger

dramatisch. «Das Abstimmungsergebnis lässt vermuten, dass der Souverän weder für noch gegen die Behinderten abgestimmt, sondern zwischen Wünsch- und Machbarem differenziert und sich für das Machbare entschieden hat», kommentierte die Neue Zürcher Zeitung das Nein zur Initiative.

Ähnlich klang es an anderen Orten im Blätterwald. So hiess es in der Berner Zeitung: «Der Grundgedanke der Initiative, die Behinderten durch die Beseitigung von Benachteiligungen weitmöglichst den Nichtbehinderten gleichzustellen, hat in der Schweizer Bevölkerung längst eine Mehrheit gefunden.» Und in der Aargauer Zeitung: «Die Stimmberchtiginnen und Stimmberchtiger anerkennen durchaus das Anliegen der rund 700 000 Behinderten in der Schweiz. Sie haben sich aber für das Behindertengleichstellungsgesetz und somit für die langsamere und berechenbarere Gangart ausgesprochen.»

Angstmacher Sparkeule

Ist es so? Wie war es schon beim Umweltschutz – damals, als alle Welt davon redete? Niemand war, und niemand ist im Grundsatz dagegen. Doch sobald Forderungen laut wurden, sich zu Gunsten der Ökologie einzuschränken, zusätzliche Abgaben zum Schutze der Umwelt zu bezahlen – wer war, wer ist dann noch dafür? Und jetzt? Deflation, Rezession, unterdeckte Pensionskassen, explodie-

rende Gesundheitskosten und Sozialwerke, die an Schwindsucht leiden – die Schlagworte jagen sich, die Stimmung könnte gedrückter nicht sein. «Letztlich war es das finanzielle Argument, das die Initiative zu Fall gebracht hat. Die derzeitige wirtschaftliche Situation und die angespannte finanzielle Lage des Bundes, die kaum mehr jemanden von der Sparkeule verschont, haben ein denkbar ungünstiges Umfeld für Investitionen zu Gunsten der Behinderten geschaffen.» Mit diesen Worten hob sich die Basler Zeitung am 19. Mai ab von den Allgemeinplätzen der übrigen Presselandschaft.

Und wahrscheinlich hat sie mit diesen Sätzen nicht unrecht. Sagte doch Justizministerin Ruth Metzler exemplarisch in einem Südostschweiz-Interview mit dem gelähmten ehemaligen Skirennfahrer Silvano Beltrametti: «Es geht nicht um die Frage, ob ich mich für eine vollständige Gleichstellung von Behinderten und Nichtbehinderten einsetze.» Allen sei klar, dass man in der Schweiz im Umgang mit Behinderten einige Versäumnisse habe. Und diese würden – «soweit möglich» – mit dem neuen Behindertengleichstellungsgesetz ausgeräumt. «Die Politik muss Prioritäten setzen und sich die Frage stellen, was verhältnismässig ist», so Metzler weiter. Unverhältnismässig war ihres Erachtens die Volksinitiative der Behindertenorganisationen. Schliesslich lägen nicht nur Forderungen von Behinderten

ten auf dem Tisch, begründete sie. «Wenn wir die Behinderten für voll nehmen, müssen wir ihre Forderungen auch mit den gleichen Ellen messen wie die Forderungen der Bauern oder der Arbeitslosen.» Sie habe kein schlechtes Gewissen, auch wenn sie wisse, dass das Gesetz nicht gleich schnell gleich viel bewirken könne wie die Initiative.

Tatsächlich hatte die Wirtschaft im Vorfeld der Abstimmung aufgejault: «Die Kosten sind gewaltig. Schätzungen nennen 20 bis 30 Milliarden Franken. Allein im öffentlichen Verkehr rechnet der Bundesrat den Aufwand auf vier Milliarden Franken. Der Bundesrat hat die Folgen der Initiative zu Recht als gravierend bezeichnet. Existentiell betroffen wären die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie erhalten keine öffentlichen Finanzhilfen und müssen den Anpassungsaufwand selber erwirtschaften. Dabei haben gerade sie im heutigen wirtschaftlichen Umfeld hart zu kämpfen», schrieb der Verband Schweizer Unternehmer, economie suisse.

Hoffnungsvolle Töne

Das Kostenargument ist mit dem Nein zur Volksinitiative nicht vom Tisch. Es wurde im Sommer 2003 zusätzlich Pilotbetrieb in einem Projekt über Gesundheitsförderungen in kleinen und ausgewählten Unternehmen initiiert.

Gute Gelegenheit verpasst

CURAVIVA hat sich für die Annahme der Behinderteninitiative eingesetzt – als klares Bekenntnis zu den Interessen der Menschen mit einer Behinderung. Wir sind dementsprechend über die Ablehnung der Initiative enttäuscht. Eine gute Gelegenheit ist verpasst, das geflügelte Wort «Gleichberechtigung» auf dem Boden der Realität zu verwirklichen. Eine Begründung für die Ablehnung der Initiative zu suchen, ist müsig und reine Zeitverschwendug. Der Blick nach vorne lässt unschwer erkennen, dass die Gleichberechtigung der Menschen mit einer Behinderung auch bei Annahme der Abstimmung noch viel Arbeit bedeutet hätte. Das Ziel bleibt dasselbe, nur die Arbeit ist wieder mehr geworden. CURAVIVA wird seinen Beitrag für die Gleichberechtigung der Menschen mit einer Behinderung weiterhin leisten.

Im Namen der Fachkonferenzen KJ/EB: Daniel Vogt, Fachbereichsleiter

wird auch beim Behindertengesetz das Tempo der Fortschritte bestimmen. Deshalb warnt Procap: «Das Gleichstellungsgesetz weist erhebliche Lücken auf, besonders in den Bereichen Schule und Arbeit. Hier wird der Staat also auch in Zukunft gefordert sein. Denn zusammen mit zahlreichen anderen Ländern hat sich die Schweiz an der zweiten Ministerkonferenz des Europarates in Malaga Anfang Mai klar für die Gleichstellung von behinderten Menschen ausgesprochen.»

Doch es gibt auch hoffnungsvolle Töne. So betont agile, der schweizerische Dachverband der Behinderten-

Selbsthilfe: «Trotz der Niederlage bringt uns der Kampf der letzten Monate entschieden weiter auf dem Weg der Emanzipation: Der breiten Öffentlichkeit wurde die unbefriedigende Situation, in der die behinderten Menschen in der Schweiz heute leben, ins Bewusstsein gerufen. Unter den Betroffenen hat er zu einem starken Schulterschluss über die Grenzen der einzelnen Behinderungsarten hinweg geführt und die Überzeugung verstärkt, dass nur der aktive Kampf für die eigene Besserstellung etwas bewirken kann und wird.»

Text: Elisabeth Rizzi

**▲ Informatikstrategie ▲ Software-Evaluation
▲ IT-Management-Tools ▲ Projektbegleitung**

Lösungen – effizient und professionell

www.keller-beratung.ch

Tel. 056 470 10 20 Email: keller@keller-beratung.ch Mellingerstr. 12 5443 Niederrohrdorf

**►KELLER
UNTERNEHMENS
BERATUNG**